

Diskurstheoretische Ansätze in der Politischen Ökologie

Annika Mattisek

Deutungskämpfe um → Natur und Umwelt sind derzeit nahezu allgegenwärtig und sind vielfach mit den großen Herausforderungen der Menschheit verbunden: Es geht um angemessene Entscheidungen im Kampf gegen den globalen Klimawandel ebenso wie um die Ausbeutung und Verteilung natürlicher Ressourcen, Fragen des Natur- und → Biodiversitätsschutzes oder die Vermeidung und Entsorgung von → Müll. Bei all diesen Themen zeigt sich, dass zwar einerseits ein breites naturwissenschaftliches → Wissen über ökologische Zusammenhänge und Kausalbeziehungen besteht, andererseits aus diesem Wissen aber nicht ohne weiteres objektiv ›richtige‹ politische Entscheidungen und gesellschaftliche Umsetzungen abgeleitet werden können. Vielmehr ist gerade die Frage, welche Maßnahmen und Politiken angemessen, welche Einschränkungen zumutbar und welche Ausgleichs notwendig sind, Gegenstand von diskursiven Aushandlungsprozessen.

Ansätze der Diskursforschung setzen hier an und untersuchen, wie in Sprache und anderen symbolischen Verweissystemen wie Karten (→ soziale Kartographien) oder Bildern Bedeutungen konstituiert werden, die dann in → Konflikten, Entscheidungen und Praktiken rund um ökologische Fragestellungen wirksam werden. Kernthese der Diskurstheorie ist dabei, dass Wissen und Wahrheiten gesellschaftlich produziert und untrennbar mit → Machtverhältnissen verknüpft sind. Damit sind Untersuchungen umweltbezogener Diskurse auch immer mit Fragen danach verbunden, welche Sichtweisen sich als legitim oder illegitim etablieren, welchen Zielstellungen Priorität zugeschrieben wird und welche Auffassungen von Natur bzw. von Mensch-Natur-Verhältnissen dem zugrunde liegen.

Im Folgenden werden zunächst die konzeptionellen Grundlagen der Diskurstheorie kurz vorgestellt, bevor deren Anwendungsmöglichkeiten in politisch-ökologischen Analysen diskutiert werden. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit.

Konzeptionelle Grundlagen der Diskurstheorie

Diskurstheorien bauen auf der Erkenntnis auf, dass Sprache und andere Bedeutungssysteme nicht einfach eine real vorhandene, objektiv bestimmbare ›Wirklichkeit‹ abbilden, sondern dass vielmehr gesellschaftliche Realitäten in symbolischen Verweissystemen – sogenannten Diskursen – hergestellt werden. In Diskursen werden kollektiv gültige Wissensordnungen und Vorstellungen geprägt, die dann politischen

Entscheidungen, alltäglichen Praktiken und individuellen und kollektiven Identitäten zugrunde liegen (Glasze/Mattissek 2021).

Damit schließen Diskurstheorien an den linguistischen Strukturalismus nach Ferdinand de Saussure (1931) an. Dieser argumentiert, dass Konzepte und Vorstellungen nicht außerhalb von Sprache bestehen und dass die Sozialisation innerhalb sprachlicher Strukturen zwingend notwendig ist, um jegliche Form von Wirklichkeit begreifen zu können. Entsprechend können Dinge und Prozesse, die nicht sprachlich bezeichnet und eingeordnet werden können, auch nicht in alltägliche und politische Sinnzusammenhänge gestellt werden. Beispielsweise wird der globale Klimawandel nur dadurch als solcher erfahrbar und damit auch gesellschaftlich prozessierbar, dass zunächst naturwissenschaftliche Messungen, Modelle und Erkenntnisse miteinander verknüpft und in einen Kausalzusammenhang mit bestimmten menschlichen Praktiken gebracht werden. Ob und inwieweit dieser Diskurs der menschlichen Klimaveränderung dann handlungswirksam wird, hängt in einem zweiten Schritt davon ab, in welches Verhältnis von Prioritäten, möglichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Präferenzen diese Erkenntnisse gestellt werden. Mit anderen Worten: Phänomene wie der globale Klimawandel rufen nicht einfach ›an sich‹ bestimmte gesellschaftliche Antworten hervor, sondern der Umgang mit ihnen ist immer davon abhängig, in welche Sinnzusammenhänge sie gestellt werden.

Damit wendet sich der analytische Blick den sprachlichen und anderen symbolischen Prozessen zu, in denen Bedeutungen hergestellt und permanent neu verhandelt werden. Diese werden aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven je spezifisch konzeptualisiert: Der bereits erwähnte *Strukturalismus* betont, dass Sprache und andere Symbolsysteme etablierte und über lange Zeit stabile Muster aufweisen, die sicherstellen, dass Aussagen von Personen ähnlich eingeordnet und so überhaupt erst ›verstanden‹ werden können (Saussure 1931). Diese weitgehend deterministische Rolle von Bedeutungsstrukturen wird von Ansätzen der *Sprachpragmatik* erweitert und kritisiert: Sie argumentieren, dass sprachlich-symbolische Strukturen nicht fix und unveränderlich, sondern abhängig vom kontextabhängigen Gebrauch von Sprache durch Sprechende (schreibende, lesende, sich symbolisch ausdrückende) → Akteure seien (Searle 1969; Austin 1972; Grice 1975). Aus einer solchen pragmatischen Sicht wird deutlich, dass Sprache in unterschiedlichen Kontexten durchaus verschieden verwendet wird und dass bestimmte Äußerungen hier jeweils unterschiedliche Bedeutungen annehmen können. Der *Poststrukturalismus* schließlich nimmt sowohl die Idee der Entstehung von Bedeutung in sprachlich-symbolischen Strukturen, als auch die Erkenntnis, dass Deutungen fluide und kontextabhängig sind, auf (Derrida 1974; Laclau/Mouffe 1985). Poststrukturalistischen Ansätzen zufolge sind sprachlich-symbolische Strukturen nie stabil, sondern permanent im Fluss und verhandelbar. Ihre Fluidität und die Schwierigkeit, Bedeutungen eindeutig zu fixieren, ergeben sich dabei zum einen aus Veränderungen und Verschiebungen über die Zeit, zum anderen aus ihrer Abhängigkeit von ihren gesellschaftlichen Äußerungskontexten. Entsprechend sind Bedeutungen immer *überdeterminiert*, das heißt, sie docken an unterschiedliche Sinnsysteme und Auslegungen an und erlauben daher einen gewissen Auslegungsspielraum. Diese Überdeterminierung von Bedeutungen erklärt dann beispielsweise auch, warum Phänomene wie der globale Klimawandel diskursiv umkämpft sind (Hulme 2009): Dieser wird in unterschiedlichen Kontexten wie der Politik, Wirtschaft oder sozialen Bewegungen in durchaus unterschiedliche Sinnzusammenhänge gestellt, die sich wieder-

um auch zeitlich verändern können. So hat sich etwa im Zuge der Corona-Pandemie gezeigt, dass die Prioritäten des Klimaschutzes im Verhältnis zu anderen politischen Zielen wie wirtschaftlicher Stabilisierung und Gesundheitsschutz diskursiv neu verhandelt werden mussten.

Diese theoretischen Perspektiven machen deutlich, dass sprachliche Deutungsmuster zum einen sehr machtvoll sind, da sie das Sprechen und Denken strukturieren und somit auch bestimmte Handlungsweisen ermöglichen und andere verhindern. Zum anderen zeigen sie auf, dass Deutungsmuster wandelbar und teilweise widersprüchlich sind. Daraus folgt unmittelbar, dass sich um die ›richtige‹ und ›wahre‹ Auslegung von Sachverhalten permanent Aushandlungsprozesse und Konflikte entfalten. Als Diskurse werden vor diesem Hintergrund »überindividuelle Muster des Denkens, Sprechens, Sich-selbst-Begreifens und Handelns [bezeichnet] sowie die Prozesse, in denen bestimmte Vorstellungen und Handlungslogiken hergestellt und immer wieder verändert werden« (Glasze/Mattissek 2021: 13). Das heißt, Diskurse stellen die umkämpften und machtvollen Versuche der Fixierung flüchtiger Bedeutungen dar.

Ein zentrales Merkmal und eine wichtige Unterscheidung gegenüber akteurszentrierten Ansätzen stellt in Diskurstheorien die Kritik an der Idee autonom und intentional handelnder Subjekte dar. Diese wurde prominent in den Arbeiten von Michel Foucault, einem der wichtigsten Vordenker und Theoretiker der Diskursforschung, ausgeführt (Foucault 1971). Damit ist allerdings keineswegs gemeint, dass menschliche Subjektivität oder Intentionen nicht existieren würden oder unwichtig seien. Vielmehr geht es Foucault darum, zu betonen, dass diese dem Diskurs nicht vorgängig, sondern vielmehr ein Effekt diskursiver Prozesse sind. Entsprechend sind auch menschliche Identitäten immer im Fluss und durch permanente, gleichwohl letztlich erfolglose Versuche der Schließung gekennzeichnet (Laclau/Mouffe 1985). Eine zentrale Rolle spielen hierbei Prozesse des »Othering« (Said 1978), bei denen sich das ›Eigene‹ in Abgrenzung von einem als unterlegen und/oder bedrohlich konnotierten ›Anderen‹ definiert (→ Post- und Dekoloniale Politische Ökologie). Mit diesem Fokus auf Prozesse der Identitätsformierung eröffnen sich für die Forschung völlig neue Fragestellungen, die darauf abzielen zu verstehen, wie etwa Menschen bestimmte umweltbezogene Normen und Werte internalisieren (und wie diese verändert werden können), wie individuelle und kollektive Identitäten entstehen, die dann zu bestimmten Handlungsweisen führen und welche Bewertungen und Formen der In- bzw. Exklusion damit jeweils verbunden sind.

Eng mit dieser Kritik an vordiskursiv gegebenen Identitäten und Akteuren verknüpft ist das ebenfalls von Michel Foucault entwickelte Konzept der *Gouvernementalität*. Kernargument des Begriffs der Gouvernementalität ist, dass Zwang (z.B. in Form von Verboten und Verordnungen) nicht die einzige Möglichkeit ist, Macht über Menschen auszuüben. Vielmehr gewinnen Foucault zufolge in ›modernen‹ Gesellschaften Formen der Führung an Bedeutung, die über die Verinnerlichung von Normen und Handlungsmustern darauf abzielen, dass Menschen sich freiwillig und aus Überzeugung in einer bestimmten Art und Weise verhalten (Foucault 2006). Wie im nächsten Kapitel näher ausgeführt wird, wurde dieses Konzept in der Politischen Ökologie vielfach aufgegriffen, um zwischen unterschiedlichen Formen der umweltpolitischen Steuerung zu unterscheiden und auf deren Verknüpfung mit diskursiven Aushandlungsprozessen hinzuweisen (Mattissek/Sturm 2017).

Trotz dieser grundsätzlichen Konzeption von Akteuren, Subjektivitäten und Identitäten als Effekte von Diskursen unterscheiden sich diskurstheoretische Ansätze in Bezug auf die Frage, wie radikal sie die prä-diskursive Existenz von Akteuren und deren Autonomie gegenüber Diskursen konzeptualisieren und wie sie das Verhältnis von struktureller Stabilität und überdeterminierter Kontingenz auslegen. Entsprechend lassen sich innerhalb der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung¹ drei konzeptionelle Strömungen abgrenzen (vgl. Glasze/Mattissek 2021):

Strukturalistische Ansätze stehen in der Tradition marxistischer Ideologiekritik und zielen darauf ab, ideologische Sichtweisen und Weltbilder zu denaturalisieren, die sich aus der Meinungsführerschaft gesellschaftlich dominanter Gruppen ergeben (Fairclough 1995). Zentral für diese Strömung der Diskursforschung ist, dass sie davon ausgeht, dass Diskurse durch die grundlegenden sozioökonomischen Strukturen der Gesellschaft geprägt werden – der Anspruch ist es dann, quasi »hinter« diese Ideologien zu blicken, um so die »wirklichen« Strukturen erkennen zu können (Jørgensen/Phillips 2002). Für die Politische Ökologie ergeben sich hier Anknüpfungspunkte vor allem zu polit-ökonomischen Traditionen, die nicht nur die kapitalistische Strukturierung von Mensch-Umwelt-Verhältnissen, sondern auch deren diskursive Legitimation in den Blick nehmen.

Hiervon grenzen sich *poststrukturalistische Ansätze* ab, die soziale Strukturen nicht als Ursprung von Diskursen verstehen, sondern beide als wechselseitig konstitutiv interpretieren (Laclau/Mouffe 1985; Glynos/Howarth 2007). Entsprechend rücken in dieser Perspektive gerade die permanenten Bedeutungsverschiebungen, Kontingenzen und Widersprüche in den Blick, durch die gesellschaftliche Bedeutungskonstruktionen und die aus ihnen resultierenden sozialen Verhältnisse gekennzeichnet sind. In ähnlicher Art und Weise verstehen poststrukturalistische Ansätze auch Akteure und deren Identitäten nicht als dem Diskurs vorgängig, sondern interpretieren diese konsequent als Effekte diskursiver Prozesse. Ihr Blick richtet sich dann auf die Frage, wie (individuelle und kollektive) Identitäten immer wieder auf neue und widersprüchliche Weisen diskursiv hergestellt – und herausgefordert – werden (Glasze/Mattissek 2021).

Im Gegensatz hierzu schreiben Ansätze der *wissenssoziologischen und argumentativen Diskursforschung* Akteuren eine deutlich größere Autonomie zu und verstehen Diskurse und Akteure als dialektisch aufeinander bezogen (Hajer 1995; Keller 2011). In der Politischen Ökologie wurde hier besonders der Ansatz der Argumentativen Diskursanalyse von Maarten Hajer (2005) intensiv rezipiert. Dieser geht davon aus, dass Akteure ihre Vorstellungen und politischen Forderungen nicht unabhängig von Diskursen entwickeln, sich durchaus aber strategisch gegenüber diskursiven Argumentationen positionieren und auf diese Einfluss nehmen (Espinosa et al. 2017). Entsprechend bilden sich in umweltpolitischen Konflikten häufig sogenannte Diskurs-Koalitionen heraus, in denen Netzwerke von Akteuren gemeinsame Argumentationen und Praktiken vertreten (Hajer 2005). In der Politischen Ökologie greifen verhältnismäßig viele Arbeiten auf solche stärker akteurszentrierte Ansätze zurück (z.B. Espinosa 2014; Kurze 2018). Dies erklärt sich zum einen daraus, dass diese in Situationen mit relativ klar iden-

1 Neben den hier skizzierten gesellschaftswissenschaftlichen Positionen haben sich in den Sprachwissenschaften weitgehend eigenständige Debatten um den Diskursbegriff entwickelt. Da diese für empirische Arbeiten der Politischen Ökologie keine zentrale Rolle spielen, werden sie hier nicht weiter aufgegriffen (vgl. für eine kurze Einordnung Mattissek 2021).

tifizierbaren Konfliktparteien diskursive Aushandlungen recht unmittelbar mit den jeweils resultierenden Auswirkungen auf ›Gewinner‹ und ›Verlierer‹ umweltbezogener Aushandlungen verbinden können. Auch die spezifischen Positionen und diskursiven Strategien marginalisierter Gruppen, deren Untersuchung in der Politischen Ökologie häufig einen zentralen Stellenwert hat, lassen sich aus dieser Perspektive besonders gut erfassen. Gleichzeitig geraten damit gruppenübergreifende diskursive Trends sowie Widersprüchlichkeiten in den diskursiven Argumentationen von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen tendenziell eher aus dem Blick.

Diskurstheoretische Ansätze in Arbeiten der Politischen Ökologie

Aus den skizzierten theoretischen Überlegungen lassen sich für die Politischen Ökologie drei eng miteinander verknüpfte Anwendungsfelder ableiten, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen. Diese umfassen erstens die Analyse und kritische Hinterfragung etablierter Epistemologien und deren Verknüpfung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen, zweitens die Untersuchung konkurrierender Deutungsweisen und Zuschreibungen in umweltbezogenen Konflikten und drittens die Untersuchung der Verschränkung von Wissensordnungen und gouvernementaler Steuerungsformen.

Die *Untersuchung epochaler Wissenssysteme*, der Episteme, setzt an der Erkenntnis an, dass die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen, untrennbar mit der Frage verbunden ist, in welchen Kategorien wir gelernt haben, über sie nachzudenken. Für die Politische Ökologie besonders relevant ist an dieser Stelle die Bestimmung des Verhältnisses von Mensch bzw. Gesellschaft und Natur. Der Mainstream der Denktraditionen der abendländischen Moderne geht dabei von einer strikten Trennung von Kultur und Natur aus – ein Gegensatz, der in vielen Fällen mit der Unterscheidung zwischen Körper und Geist bzw. Materie und Sinn übereinstimmt (Zierhofer 2011). Diese begriffliche Trennung liegt auch Wissenschaftsverständnissen einer apolitischen Ökologie zugrunde, die davon ausgehen, dass Forschungsgegenstände der Naturwissenschaften objektiv beschreibbaren Gesetzmäßigkeiten folgen und nicht durch sozio-historisch spezifische Wissensordnungen gekennzeichnet seien. Vor allem feministische und postkoloniale Autor*innen haben in vielfältiger Weise herausgearbeitet, welche gesellschaftlichen Machteffekte etwa in Bezug auf Geschlechterverhältnisse oder koloniale Unterdrückungen mit Hilfe ihrer Beschreibung als (vermeintlich!) ›natürlich‹ legitimiert wurden (ebd.).

Umweltbezogene Konflikte um das Verhältnis von Kultur und Natur entstehen vielfach dann, wenn westlich-moderne Vorstellungen auf alternative, beispielsweise Indigene Wissenssysteme treffen und hieraus unterschiedliche Bewertungen von Politiken und Praktiken entstehen. So war etwa die Einführung von Nationalparks nach US-amerikanischem Vorbild, die auf dem Schutz der ›reinen Natur‹ vor menschlichen Einflüssen beruht, in vielen Ländern des Globalen Südens Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit der ansässigen Bevölkerung, die durch deren Einführung in ihren Nutzungen eingeschränkt oder vertrieben wurde (Neumann 2001; Usher 2009). Vor allem in vielen kolonial geprägten Kontexten war die diskursive Durchsetzung der Idee des Naturschutzes dabei untrennbar mit der Delegitimierung Indigener, oftmals als rückständig konnotierter Wissensordnungen verbunden. So zeigen etwa Tim Forsyth und Andrew Walker (2008) ebenso wie Pinkaew Laungaramsri (2001) am

Beispiel von Thailand, dass die Einführung von Naturschutzpolitiken hier untrennbar mit diskursiven Unterscheidungen zwischen ›unmodernen‹ ländlichen Minderheiten und ›modernen‹ urbanen Eliten verbunden war.

Dass diese in westlichen Gesellschaften häufig als selbstverständlich angenommene Trennung zwischen Mensch und Natur nicht selbstverständlich und unveränderlich ist, zeigt das Beispiel der ecuadorianischen Verfassung. Hier wurden – aufbauend auf Indigenen Denktraditionen – 2008 die ›Rechte der Natur‹ in der Verfassung verankert (Espinosa 2019). Das damit verknüpfte Prinzip von *Buen Vivir* (Gutem Leben) ist entsprechend durch eine enge Verbindung von sozialem, ökologischem und spirituellem Wohlstand gekennzeichnet. Es macht damit deutlich, dass die Stellung des Menschen im Verhältnis zu seiner natürlichen Umwelt diskursiv auch deutlich gleichberechtigter gerahmt werden kann, als in westlichen Denktraditionen üblich (Krüger 2018).

Konkurrierende *Deutungsweisen in umweltbezogenen Konflikten* stellen den zweiten großen Anwendungsbereich von Diskurstheorien in der Politischen Ökologie dar. Diese untersuchen, in welche diskursiven Kontexte ökologische Problemlagen und damit umweltpolitische Fragen jeweils gestellt werden, welche Priorität ihnen im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen jeweils zugeschrieben wird und welche Maßnahmen entsprechend als angemessen bewertet werden.

So haben etwa Diskursanalysen zu den Grundannahmen von Klimapolitik herausgearbeitet, wie sich wachstums- und modernisierungsorientierte Lösungen von Postwachstumsansätzen (→ degrowth) unterscheiden. Während in ersteren vor allem technologische Innovationen und marktwirtschaftliche Mechanismen als naheliegend propagiert werden, fordern wachstumskritische Diskurse stattdessen eine grundlegende Hinterfragung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas (Anshelm/Hultman 2015; Krüger 2015). Solche grundlegenden Unterschiede in den Problematisierungen und Bearbeitungen des globalen Klimawandels prägen dabei sehr unterschiedliche ökologische Anwendungsfelder. Diese reichen von der Debatte um Kohlenstoffspeicherung im Untergrund (*Carbon Capture and Storage* Ansätze, vgl. Krüger 2015) über die in aktuellen Protestbewegungen um Landwirtschaft produzierten konkurrierenden Argumentationsmuster (Gengenbach 2020) bis hin zu Fragen der angemessenen Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen in der Stadtentwicklung (Sturm 2019). Gemeinsam zeigen diese Analysen, dass die diskursive Rahmung des globalen Klimawandels maßgeblich darüber entscheidet, welche Politiken umgesetzt bzw. verworfen werden und in welchem Tempo Klimapolitik in unterschiedlichen Bereichen umgesetzt wird.

Dabei wird an vielen Stellen deutlich, dass durch den globalen Klimawandel und auf ihn bezogene Politiken auch bestehende Konzepte von Natur, Umwelt und Landschaft neu verhandelt werden. Ein im Rahmen der deutschen Energiewende (→ Energie) intensiv untersuchtes Thema ist beispielsweise der Ausbau von Windkraftanlagen. Hier haben Diskursanalysen herausgearbeitet, wie das Verhältnis von Windkraft und Landschaft diskursiv verhandelt wird und welche Auswirkungen dies auf politische Entscheidungen und Akzeptanzen hat (Leibenath/Otto 2012; Roßmeier et al. 2018). Die Analysen zeigen auch, dass die Konfliktlinien in solchen Aushandlungsprozessen durchaus quer zu bestehenden politischen Zuordnungen (z.B. etablierten Parteien) stehen können und sich politische Identitäten im Rahmen der diskursiven Auseinandersetzungen verschieben und neu konstituieren (Otto/Leibenath 2014).

Eng verwandt mit diskurstheoretischen Ansätzen der Politischen Ökologie sind Untersuchungen *gouvernementaler Steuerungsformen* in Mensch-Natur-Beziehungen.

Arbeiten der Politischen Ökologie haben hier anhand diverser umweltbezogener Themenfelder untersucht, wie unterschiedliche Formen der Steuerung menschlichen Handelns mit der Herstellung spezifischer Wissensordnungen und Subjektivierungen interagieren (Rutherford 2016). Wie Michael Watts (2004) eindrücklich am Beispiel von Konflikten um Ölförderung im Niger-Delta zeigt, geht es dabei keineswegs darum, staatliche bzw. polit-ökonomische Formen der Machtausübung außer Acht zu lassen. Vielmehr ist das Ziel, die vielfältigen und oft widersprüchlichen Verbindungen zwischen staatlichen Zwängen und Repressionen, kapitalistischen Logiken und diskursiv produzierten Rationalitäten und Subjektivierungen in den Blick zu nehmen.

Ein prominentes Anwendungsfeld von Ansätzen der Gouvernamentalitätsforschung sind Strategien der Dezentralisierung von Ressourcenschutz und Ressourcennutzung, wie sie beispielsweise Arun Agrawal (2005) am Beispiel von Indien und Tania Li (2007a) am Beispiel von Indonesien aufzeigen. Gemeinsam machen diese Arbeiten deutlich, dass staatliche Strategien des Ressourcenmanagements zunehmend weniger auf staatliche Zwangsmaßnahmen als auf die Responsibilisierung von Individuen und lokalen Gemeinschaften abzielen. Sie setzen dabei zum einen auf die diskursive Vermittlung der Prinzipien ›richtiger‹ und ›guter‹ Formen der Ressourcennutzung, schaffen darüber hinaus aber auch diverse Anreizsysteme, um Praktiken in die gewünschte Richtung zu lenken.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich in aktuellen urbanen Klimapolitiken in westlichen Industrieländern. Diese beruhen vielfach auf einer Verlagerung von Verantwortung auf die kommunale und individuelle Ebene und somit auf diskursiv vermittelte Formen der Selbstführung von Individuen, wie etwa bei der Mülltrennung, Ernährungsweisen oder der Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel (Brand 2007; Sturm 2019). Gleichzeitig kommen hier aber auch vielfältige kommunale und staatliche Steuerungs- und Anreizsysteme zum Einsatz, etwa *best practice*-Modelle, städtische Wettbewerbe oder Informations- und Mitmach-Kampagnen (Nagorny-Koring 2019; Sturm 2019).

Mit Blick auf die eingangs skizzierte Kritik der Diskurstheorie an der Idee autonom handelnder Subjekte lässt sich festhalten, dass in Gouvernamentalitäts-Ansätzen besonders deutlich das Spannungsfeld von Sprache und Praktiken, Wissen und Tun in den Vordergrund rückt und damit auch Fragen der Eigen- und Widerständigkeit von Individuen gegenüber gesellschaftlichen Diskursen aufgeworfen werden. Denn wie die bislang unzureichenden Anpassungen individueller Alltagspraktiken an die Anforderungen des Klimaschutzes und weiterhin bestehende nicht-nachhaltige Ressourcennutzungspraktiken zeigen, werden diskursive und gouvernementale Steuerungsformen durchaus kontrovers verhandelt und unterschiedlich angeeignet (Li 2007b; Sturm 2019).

Grenzen diskurstheoretischer Ansätze und Ausblick

Kritik an diskurstheoretischen Arbeiten richtet sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte: erstens auf deren starke Fokussierung auf Sprache und symbolische Prozesse und zweitens auf die Auswirkungen der Hinterfragung absoluter Wahrheiten auf die Stellung und Interpretation von Wissenschaft.

Diskurstheoretischen Ansätzen wurde verschiedentlich vorgeworfen, mit ihrem Fokus auf Prozesse der symbolischen Bedeutungskonstitution die Einflüsse von → Materialitäten, → Körperlichkeit, Affekte und Praktiken zu vernachlässigen. Im Anschluss

an diese Kritiken hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von Ansätzen entwickelt, die auf der Hinterfragung essentieller Wahrheiten und Identitäten des Poststrukturalismus aufbauen, gleichzeitig aber deren nicht-textliche Dimensionen wieder stärker in den Blick nehmen. Aufbauend auf feministische Arbeiten zu Körpern und Affekten (Strüver 2011), Ansätze des Neuen Materialismus und der Assemblage-Theorie (Wiertz 2021) und praktikentheoretische Überlegungen (Baumann et al. 2021) argumentieren diese Weiterentwicklungen, dass Diskurse nicht nur textlich-symbolische Dimensionen haben, sondern auch durch körperlich-materielle Einflüsse geprägt sind. Gerade in der Politischen Ökologie mit ihrer engen Vernetzung ökologischer und gesellschaftlicher Prozesse lässt sich so beispielsweise herausarbeiten, dass Formen der Neoliberalisierung von Natur sowohl auf Veränderungen von Wissensordnungen und Deutungsweisen beruhen, gleichzeitig aber auch durch die Materialität der jeweils kommodifizierten Ressourcen (→ Rohstoffe) geprägt werden (Bakker 2010).

Die zweite Ebene der Kritik an Diskurstheorien bezieht sich auf deren Konsequenzen für die eigene Positionierung (→ Positionalität) von Forschenden. Im Gegensatz zum Wissenschaftsverständnis der Moderne, welches auf die Produktion objektiv »wahrer« Erkenntnisse abzielt (und welches nach wie vor die Grundlage für die überwiegende Mehrzahl naturwissenschaftlicher Arbeiten bildet), verstehen diskurstheoretische Perspektiven auch ihre eigenen Arbeiten als situiert und partiell. Dies ist einerseits hilfreich, um auch wissenschaftliche Erkenntnisse auf ihre spezifischen Ein- und Ausschlüsse und die daraus entstehenden Machteffekte zu untersuchen, wie dies etwa Arbeiten der Genderforschung und des Postkolonialismus getan haben. Gleichzeitig kann diese Form der Reflexion vor dem Hintergrund zunehmender Einflüsse »postfaktischer« und verschwörungstheoretischer Argumentationen aber auch als Schwächung wissenschaftlicher Positionen in der Gesellschaft gesehen werden. So argumentiert beispielsweise McIntyre (2018), dass poststrukturalistische Ansätze ihre gesellschaftliche Machtposition gefährden würden, da diese ja quasi selbst zugeben, dass auch das von ihnen produzierte Wissen nicht absolut sei (McIntyre 2018). Aus der Sicht der Diskursforschung ist hier allerdings zentral, dass mit der Offenlegung jeglichen Wissens als diskursiv hergestellt keineswegs behauptet wird, dass alle existierenden Wissens- und Wahrheitsansprüche damit gleichwertig seien und gesellschaftlich gleichgestellt werden sollten. Vielmehr beschäftigen sich Diskursanalysen gerade mit der Frage, *wie* Wissen und Wahrheiten generiert werden. Damit können sie auch in Situationen Orientierung bieten, in denen etwa Klimaforscher*innen, deren Erkenntnisse auf hohen Standards wissenschaftlicher Qualitätskontrolle aufbauen und Klimawandelleugner*innen, deren Behauptungen nicht auf vergleichbaren Prozessen der Wissensgenerierung beruhen, um Anerkennung ringen (Glasze/Mattissek 2021).

Abschließend lässt sich festhalten, dass gerade diese aktuellen Debatten zur Stellung der Diskursforschung zeigen, dass diese sich auch und insbesondere im Kontext der Politischen Ökologie als Ansatz versteht, der neue Erkenntnisse und Perspektiven in der Analyse von Gesellschaft-Umwelt-Verhältnissen hervorbringt und damit auch gewinnbringend mit naturwissenschaftlichen Arbeitsweisen kombiniert werden kann.

Literatur

- Agrawal, Arun (2005): *Environmentality. Technologies of Government and the Making of Subjects*, Durham: Duke University Press.
- Anshelm, Jonas/Hultman, Martin (2015): *Discourses of Global Climate Change. Apocalyptic framing and political antagonisms*, London/New York: Routledge.
- Austin, John L. (1972): *Zur Theorie der Sprechakte*, Stuttgart: Reclam.
- Bakker, Karen (2010): »The limits of ›neoliberal natures‹: Debating green neoliberalism«, in: *Progress in Human Geography*, 34. Jg., Nr. 6, S. 715-735.
- Baumann, Christoph/Lahr-Kurten, Matthias/Winkler, Jan (2021): »Praktiken«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 269-290.
- Brand, Peter (2007): »Green Subjection. The Politics of Neoliberal Urban Environmental Management«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 31. Jg., Nr. 3, S. 616-632.
- Derrida, Jacques (1974): *Grammatologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Espinosa, Cristina (2014): »The Advocacy of the Previously Inconceivable: A Discourse Analysis of the Universal Declaration of the Rights of Mother Earth at Rio+20«, in: *The Journal of Environment & Development*, 23. Jg., Nr. 4, S. 391-416.
- Espinosa, Cristina (2019): »Interpretive Affinities: The Constitutionalization of Rights of Nature, Pacha Mama, in Ecuador«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning*, 21. Jg., Nr. 5, S. 608-622.
- Espinosa, Cristina/Pregernig, Michael/Fischer, Corinna (2017): »Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung«, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-27_texte_86-2017_narrative_o.pdf (Zugriff: 30.06.2021).
- Fairclough, Norman (1995): *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*, London/New York: Addison Wesley Publishing Company.
- Forsyth, Tim/Walker, Andrew (2008): *Forest Guardians, Forest Destroyers. The Politics of Environmental Knowledge in Northern Thailand*, Seattle/London: University of Washington Press.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Governmentalität I*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gengenbach, Charlotte (2020): »Wir haben es satt« versus »Land schafft Verbindung«? A Comparative Framing Analysis of Two German Agri-Food Movements. Unveröffentlichte Masterarbeit, Freiburg.
- Glasze, Georg/Mattissek, Annika (2021): »Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 13-62.
- Glynos, Jason/Howarth, David (2007): *Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory*, London/New York: Routledge.
- Grice, Herbert P. (1975): »Logic and conversation«, in: Peter Cole/Jerry L. Morgan (Hg.): *Syntax and Semantics 3. Speech Acts*, New York: Academic Press, S. 41-58.

- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford: Clarendon Press.
- Hajer, Maarten A. (2005): »Coalitions, Practices and Meaning in Environmental Politics. From Acid Rain to BSE«, in: David Howarth/Jacob Torfing (Hg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Politics and Governance*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 297-315.
- Hulme, Mike (2009): *Why We Disagree about Climate Change. Understanding Controversy, Inaction and Opportunity*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jørgensen, Marianne/Phillips, Louise J. (2002): *Discourse Analysis as Theory and Method*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.
- Keller, Reiner (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 4. Aufl., Wiesbaden: VS.
- Krüger, Timmo (2015): *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*, Bielefeld: transcript.
- Krüger, Timmo (2018): »Politische Strategien des buen vivir. Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells«, in: *PERIPHERIE*, 38. Jg., Nr. 149, S. 29-54.
- Kurze, Kristina (2018): *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa. Policy-Making in der EU aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive*, Wiesbaden: Springer VS.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London: Verso.
- Laungaramsri, Pinkaew (2001): *Redefining Nature. Karen Ecological Knowledge and the Challenge to the Modern Conservation Paradigm*, Chennai: Earthworm Books.
- Leibenath, Markus/Otto, Antje (2012): »Diskursive Konstituierung von Kulturlandschaft am Beispiel politischer Windenergiediskurse in Deutschland«, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 70. Jg., Nr. 2, S. 119-131.
- Li, Tania M. (2007a): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*, Durham: Duke University Press.
- Li, Tania M. (2007b): »Practices of Assemblage and Community Forest Management«, in: *Economy and Society*, 36. Jg., Nr. 2, S. 263-293.
- Mattissek, Annika (2021): »Sprachlichkeit«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 211-222.
- Mattissek, Annika/Sturm, Cindy (2017): »How to make them walk the talk: governing the implementation of energy and climate policies into local practices«, in: *Geographica Helvetica*, 72. Jg., Nr. 1, S. 123-135.
- McIntyre, Lee (2018): *Post-Truth*, Cambridge/London: The MIT Press.
- Nagorny-Koring, Nanja C. (2019): »Leading the Way with Examples and Ideas? Governing Climate Change in German Municipalities through Best Practices«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning*, 21. Jg., Nr. 1, S. 46-60.
- Neumann, Roderick P. (2001): *Imposing Wilderness. Struggles over Livelihood and Nature Preservation in Africa*, Berkeley: University of California Press.
- Otto, Antje/Leibenath, Markus (2014): »The interrelation between collective identities and place concepts in local wind energy conflicts«, in: *Local Environment*, 19. Jg., Nr. 6, S. 660-676.

- Roßmeier, Albert/Weber, Florian/Kühne, Olaf (2018): »Wandel und gesellschaftliche Resonanz – Diskurse um Landschaft und Partizipation beim Windkraftausbau«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.): Bausteine der Energiewende. Neue positivistische und konstruktivistische Perspektiven auf den gesellschaftlichen Kontext der Energiewende, Wiesbaden: Springer VS, S. 653-679.
- Rutherford, Stephanie (2016): »Environmentalität und Green Governmentality«, in: Douglas Richardson (Hg.): International Encyclopedia of Geography, John Wiley & Sons Ltd: Chichester, S. 1-5.
- Said, Edward W. (1978): Orientalism, New York: Pantheon.
- Saussure, Ferdinand de (1931): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Berlin: De Gruyter.
- Searle, John R. (1969): Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language, Cambridge: Cambridge University Press.
- Strüver, Anke (2011): »Der Konstruktivismus lernt laufen: »Doing more-than-representational geography««, in: Social Geography, 6. Jg., Nr. 1, S. 1-13.
- Sturm, Cindy (2019): Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis, Bielefeld: transcript.
- Usher, Ann D. (2009): Thai Forestry. A Critical History, Chiang Mai: Silkworm Books.
- Watts, Michael (2004): »Resource Curse? Governmentality, Oil and Power in the Niger Delta, Nigeria«, in: Geopolitics, 9. Jg., Nr. 1, S. 50-80.
- Wiertz, Thilo (2021): »Materialität«, in: Georg Glasze/Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 291-307.
- Zierhofer, Wolfgang (2011): »Natur und Kultur als Konstruktionen«, in: Hans Gebhardt/Rüdiger Glaser/Ulrich Radtke/Paul Reuber (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, 2. Aufl., Heidelberg: Spektrum, S. 1080-1085.

